

WIRTSCHAFTSCHRONIK

IV. QUARTAL 1997

Die Finanzkrise im südostasiatischen Raum weitet sich aus. Die betroffenen Länder fordern IMF, USA, Japan und die EU auf, im eigenen Interesse weitere Maßnahmen zur Stabilisierung zu setzen. Bisher stellte der IMF insgesamt 100 Mrd. \$ für Südkorea, Thailand und Indonesien zur Verfügung. Der Währungsfonds plant, künftigen Vertrauenskrisen in aufstrebenden Ländern mit festen Regeln für die Krisenintervention („Supplemental Reserve Facility“) kurzfristig massiv und schneller gegenzusteuern.

9. Oktober: Die britische Regierung beschließt ein Programm zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit. Unter dem Motto „Welfare to Work“ startet Anfang 1998 das regional begrenzte Pilotprojekt „New Deal“: Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren, die ein halbes Jahr beschäftigungslos waren, haben die Option, im privaten oder öffentlichen Sektor, bei einer Wohltätigkeitsorganisation oder im Umweltschutz zu arbeiten oder an einer Vollzeitausbildung teilzunehmen; sonst wird die Arbeitslosenhilfe um 40% gekürzt. Die Unternehmen erhalten für jeden jungen langfristig Arbeitslosen, den sie ein halbes Jahr beschäftigen, eine wöchentliche Subvention von 60 £. Gleichzeitig muß sich das Unternehmen verpflichten, die üblichen Tarife zu zahlen und keinen Mitarbeiter zu entlassen. Das Modell gilt auch für Behinderte, alleinstehende Eltern und andere sozial benachteiligte Gruppen.

AUSLAND

Zur Jahreswende wird das Programm auf ältere Beschäftigungslose ausgedehnt und das Budget für diese Gruppe der Arbeitslosen ausgeweitet.

15. Oktober: Ein „East Asia Economic Summit“ des World Economic Forum tagt in Hongkong. Im Mittelpunkt stehen die Finanz- und Währungsturbulenzen in Südostasien. Zur Bewältigung der Krise wird die Gründung einer „asiatischen monetären Fazilität“ in Form eines Asiatischen Währungsfonds diskutiert. Die Rolle Japans bei der Krisenbewältigung besonders in Indonesien wird hervorgehoben.

27. Oktober: Die britische Regierung schließt eine Teilnahme an der Währungsunion 1999 aus. Schatzkanzler Brown erklärt, daß er England für einen späteren Beitritt vorbereiten wird.

Abgeschlossen am 18. Dezember
1997.

18. November: Anlässlich der Ratstagung der EU-Landwirtschaftsminister stimmen alle Delegationen mit Ausnahme Spaniens den Schlußfolgerungen zur Agenda 2000 zu. Ziel der europäischen Agrarpolitik ist Multifunktionalität, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Der eingeleitete Reformprozeß der GAP muß weitergeführt werden. Die Ergebnisse der Konferenz dienen als Grundlage der Ratstagung in Luxemburg im Dezember 1997.

21. November: In Luxemburg findet ein „Beschäftigungsgipfeltreffen“ der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union statt. Zur Problematik der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungslage in der EU werden Leitlinien für nationale Programme festgelegt. So sollen nationale Maßnahmen die Vermittelbarkeit von Arbeitnehmern verbessern, Neugründungen sowie Klein- und Mittelbetriebe sollen gefördert werden (etwa durch beschäftigungsfreundlichere Steuersysteme), ebenso die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen; weiteres Ziel ist eine Erhöhung der Chancengleichheit.

Finanziert werden diese Maßnahmen nicht durch zusätzliche Ausgaben; vielmehr sollen die Mittel der Arbeitslosenversicherung von der passiven Absicherung zu einer aktiven Arbeitslosenfinanzierung hin verlagert werden.

Die Kontrolle der nationalen Umsetzungserfolge wird sich auf jährliche Rechenschaftsberichte der Mitglieder stützen.

24. November: Das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum (APEC) tagt in Vancouver. Rußland, Peru und Vietnam werden als neue Mitglieder bestätigt. In einigen Sektoren werden Liberalisierungsschritte bereits ab 1999 eine Zollsenkung bringen.

Ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und Jordanien wird unterzeichnet; bis zum Jahr 2010 soll der Warenhandel vollständig liberalisiert werden.

1. Dezember: In Kuala Lumpur beraten die ASEAN-Staaten über neue Kreditmöglichkeiten zur Bewältigung ihrer Wirtschaftskrise. Die Idee eines eigenen Asien-Fonds wird nicht mehr in Erwägung gezogen, da der IMF und die USA vor der Verwässerung der wirtschaftlichen und politischen Reformen warnen.

8. Dezember: Die 155 Vertragsländer der Klimakonvention von Kyoto verabschieden ein Protokoll zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Darin verpflichten sich die „Annex-I-Länder“ (OECD, Oststaaten) zur Senkung der Emissionen bis 2008 bzw. 2012 um mindestens 5% unter den Stand von 1990. Für einzelne Länder gelten unterschiedliche Reduktionsziele, so etwa für die USA (–7%), für Kanada und Japan (–6%).

Die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein planen ihre Fusion. Die neu entstehende United Bank of Switzerland (UBS) wird mit 1.320 Mrd. sfr der weltgrößte Vermögensverwalter sein.

12.–13. Dezember: Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg steht der Erweiterungsprozeß der Union. Um die Mitglieder der EU und Länder, die für einen Beitritt in Frage kommen, zusammenzuführen, wird eine Europa-Konferenz eingerichtet. Gleichzeitig wird der Beitritts- und Verhandlungsprozeß festgelegt. In diesem Zusammenhang findet parallel zur Ratstagung ein Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister der assoziierten Länder Ost-Mittleuropas und Zyperns statt. Weiters werden die Entwicklung der Unionspolitik (Agenda 2000) und die Gemeinsame Agrarpolitik behandelt. Zeitliche und technische Schritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion werden bestätigt: die Einführung der Euro-Münzen mit 1. Jänner 2002, deren Stückelung und technische Merkmale. Die bilateralen Wechselkurse der Teilnehmerwährungen, die als Grundlage für die Festlegung der Euro-Umrechnungskurse dienen, werden am 3. Mai 1998 bekanntgegeben.

13. Dezember: Die WTO schließt ihre Verhandlungen über das 2. Liberalisierungspaket der Finanzdienstleistungen ab. Damit ist nach mehrjähriger Verzögerung der letzte Teilbereich der 8. Welthandelsrunde abgeschlossen.

15. Dezember: Anlässlich eines informellen Gipfeltreffens der ASEAN-Staaten in Kuala Lumpur fordert diese Staatengemeinschaft größere finanzielle Unterstützung von der EU, Japan, den USA und internationalen Organisationen zur Bewältigung der asiatischen Wirtschaftskrise.

18. Dezember: Der IMF beschließt, künftig in Krisenfällen kurzfristige, teurere Kredite zu gewähren. Diese „Supplemental Reserve Facilities“ werden mit einem höheren Zinssatz verrechnet und sollen nach 1 bis 1½ Jahren zurückgezahlt werden. Eine zusätzliche Kapitalaufstockung des IMF wird abgelehnt.

31. Dezember: Der Panamakanal, der seit dem Panamakanal-Vertrag von 1977 von einer Regierungsbehörde der USA, der Panama Canal Commission, betrieben wurde, geht an Panama über.

ÖSTERREICH

16. Oktober: Die Oesterreichische Nationalbank gibt zum letzten Mal vor Einführung des Euro neue 500-Schilling- und 1.000-Schilling-Banknoten aus. Die neuen Scheine gelten als besonders fälschungssicher.

17. Oktober: Der Verfassungsgerichtshof hebt mit Wirkung vom 1. Jänner 1999 einige Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes betreffend die Familienbesteuerung auf. Der Gerichtshof argumentiert: „Wer Kinder hat, muß einen Teil seines Einkommens für deren Unterhalt verwenden. Und obwohl diese Beiträge dem Steuerpflichtigen gar nicht zur Verfügung stehen und da-

her seine Leistungsfähigkeit mindern, muß er dafür Einkommensteuer zahlen, und zwar in voller, dem progressiven Tarif entsprechender Höhe. Unterhaltspflichtige und nichtunterhaltspflichtige Personen werden auf diese Weise gleich behandelt, obwohl sie sich in ihrer Leistungsfähigkeit wesentlich unterscheiden.“ Das Höchstgericht empfiehlt, zumindest die Hälfte der Einkommensanteile, die für die Unterhaltsleistung an Kinder erforderlich sind, steuerfrei zu halten, da Kinder „nicht nur Sache privater Lebensgestaltung“ seien.

1. November: In der Metall- und Elektroindustrie werden die Kollektivvertragslöhne um 2,7%, die Ist-Löhne

Nach langen Verhandlungen findet das „Pensionskonzept 2000“ die Zustimmung aller Sozialpartner. Ziel ist, das Sozialversicherungssystem längerfristig finanzierbar zu gestalten und die verschiedenen Versicherungssysteme anzugleichen. – Der Verfassungsgerichtshof hebt mit 1. Jänner 1999 einige Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes betreffend die Familienbesteuerung auf und löst damit eine neue grundsätzliche Diskussion um die Förderung von Kindern aus. – Die neuen Kollektivvertragsabschlüsse ermöglichen in den Betrieben die Anwendung neuer Arbeitszeitmodelle.

um 2,1% erhöht. Eine neue Flexibilisierungsklausel gestattet den Betrieben, die generelle Ist-Lohnerhöhung von 2,1% auf 1,9% zu reduzieren, wenn 0,5% der Lohnsumme zusätzlich für individuelle Lohnerhöhungen aufgewandt werden.

Gleichzeitig wird ein neues Arbeitszeitmodell angeboten: Innerhalb einer Bandbreite von 32 bis 45 Wochenstunden kann ohne Überstundenzuschlag gearbeitet werden. Ab der 41. Wochenstunde wird eine Zeitgutschrift von 25% (15 Minuten) verbucht. Die Zeitkonten dürften höchstens 120 Stunden betragen und können innerhalb eines Jahres, ausgehend von der Normalarbeitszeit von 38,5 Stunden, konsumiert werden. Ist dies nicht möglich, so müssen diese Stunden mit einem Überstundenzuschlag von 80% abgegolten werden.

In der Papierindustrie werden die Mindestgehälter um 2,45% angehoben. Ähnlich der flexiblen Optionsregelung in der Metallindustrie liegt die Steigerung der Ist-Gehälter in einer Bandbreite von 1,7% bis 2,3%: Die Betriebe können die Verteilung von 0,6% der Gehaltssumme selbst vereinbaren, wobei die Ist-Gehaltserhöhung 1,7% nicht unterschreiten darf. In Betrieben, in denen bis 20. Dezember keine Vereinbarung zustande kommt, werden die Ist-Gehälter linear um 1,9% erhöht.

7. November: Der Nationalrat beschließt das „Pensionskonzept 2000“ mit dem Ziel, die Pensionssysteme zu vereinheitlichen und ihre Finanzierbarkeit zu stärken. Dazu werden folgende Änderungen im ASVG (54. ASVG-Novelle) vorgenommen: Der Bemessungszeitraum für vorzeitige Alterspensionen wird von 2003 bis 2020 schrittweise von bisher 15 Jahren auf die 18 Jahre mit dem höchsten Einkommen verlängert. Ab 2000 gelten der neue Steigerungssatz je zusätzlichem Versicherungsjahr von 2% (Höchstsatz 80% der Bemessungsgrundlage) sowie der neue Abschlagsatz bei vorzeitigem Pensionsantritt von 2% pro Jahr. Die vorzeitige Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit (Männer ab 57, Frauen ab 55 Jahren) erfordert künftig 72 Beitragsmonate innerhalb von 180 Kalendermonaten vor dem Stichtag (bisher 36); 20 Wochen vor Pensionsantritt muß eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nachgewiesen werden.

Der Beirat soll innerhalb eines Jahres die bestehende Nettopensionsanpassung durch einen Lebenserwartungsfaktor ergänzen. Mit der Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten und der „neuen Selbständigen“ in das Sozialversicherungssystem werden alle Erwerbseinkommen berücksichtigt. Begünstigte Weiterversicherungsmöglichkeiten für Pflegepersonen werden eingeführt. Die Bemessungsgrundlage für Kinderanrechnungszeiten wird erhöht. Die Selbstfinanzierung der Selbständigenversicherungen (Bauern und Gewerbe) wird erhöht.

Zur Vermeidung von Härtefällen durch die Reform werden unter dem Titel „Deckelung“ die Pensionsverluste nach der Höhe der Pensionen begrenzt: Pensionen unter 10.000 S werden um höchstens 1%, unter 15.000 S um 2% gekürzt usw.; für Pensionen von 28.000 S erreichen die Einbußen höchstens 7%.

Die Anpassungsmaßnahmen für den öffentlichen Dienst umfassen die schrittweise Einführung eines Bemessungszeitraums von 15 Jahren für die normale und 18 Jahren für die vorzeitige Alterspension sowie die Übernahme der Pensionsanpassung und der Steigerungsbeträge aus der ASVG. Vorgesehen sind weiters Teilpensionen und Strukturreformen im Bereich der Lehrer. Auch im öffentlichen Dienst wird eine „Deckelung“ angewandt.

Weiters sieht das Paket arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie den Anspruch auf Bildungskarenz und Altersteilzeit sowie Erleichterungen für die Gleitpension vor.

24. November bis 1. Dezember 1997: Das „Euro-Volksbegehren“ erhält 253.949 gültige Eintragungen. Stimmberechtigt sind 5,730.259 Personen, die Beteiligung liegt somit bei 4,43%. Gleichzeitig findet das „Volksbegehren für ein atomfreies Österreich“ statt (Beteiligung 4,34%).

1. Dezember: Das Schengen-Abkommen tritt in Kraft. Damit fallen auf Flughäfen die Paßkontrollen für Passagiere aus dem Schengen-Raum (Deutschland, Frank-

reich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Portugal, Italien, Österreich) weg, die Kontrollen an den Landesgrenzen werden in Österreich und Italien stufenweise bis 31. März 1998 abgebaut.

17. Dezember: Die Energie Steiermark AG (ESTAG) entscheidet sich, 25% ihrer Aktien für 5,6 Mrd. S an das französische Energieversorgungsunternehmen Électricité de France abzugeben.